

Konsequenzen anti-migrantischer Politik: Von den europäischen Außengrenzen bis in die deutsche Provinz

Ratfisch, Philipp; Schwiertz, Helge

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ratfisch, P., & Schwiertz, H. (2015). Konsequenzen anti-migrantischer Politik: Von den europäischen Außengrenzen bis in die deutsche Provinz. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 35(2), 327-335. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v35i138-139.24302>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Diskussion

Philipp Ratfisch & Helge Schwiertz

Konsequenzen anti-migrantischer Politik Von den europäischen Außengrenzen bis in die deutsche Provinz

Migrantische Kämpfe und Kämpfe gegen Migration führen in Deutschland und Europa zunehmend zu einer Auseinandersetzung um das herrschende Grenzregime. Die selbstorganisierten Proteste von Geflüchteten am Oranienplatz in Berlin und an anderen Orten konnten ab 2012 deren Entrechtung und Forderungen verstärkt sichtbar machen. Die rassistischen Mobilisierungen der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) und lokaler Bürgerinitiativen verdeutlichen, dass sich Kämpfe gegen Migration und der die Gesellschaft durchziehende Rassismus insbesondere seit 2014 neu formieren. Schließlich führten die tödlichen Ereignisse im Mittelmeer im Frühjahr 2015 zu einer kritischen Verarbeitung durch Medien und Öffentlichkeit und einer repressiven Reaktion durch das europäische Migrationsregime, wobei es bereits 2013 nach dem Bootsunglück vor Lampedusa einen Aufschrei gab, der freilich schnell verhallte.

Im Folgenden stellen wir diese unterschiedlichen Entwicklungen und Konflikte in einen Zusammenhang. Wir argumentieren, dass sowohl die Konsequenzen der rassistischen Mobilisierungen und Politiken als auch migrantische Proteste dagegen zunehmend öffentlich sichtbar geworden sind, sodass der stumme und passive Konsens der europäischen Mehrheitsgesellschaften, in denen sich viele nicht explizit gegen Migration als solche äußern, aber dennoch restriktive Maßnahmen mittragen, vielfach brüchig wird. Es wird immer schwerer, sich einer individuellen und kollektiven Verantwortung für die aktuell herrschende Politik zu entziehen. Die verstärkte Polarisierung und Konflikthaftigkeit der europäischen Gesellschaften verlangt nach einer Positionierung – für oder gegen PEGIDA, für oder gegen die tödlichen Grenzkontrollen Europas, für oder gegen eine Geflüchtetenunterkunft in der eigenen Nachbarschaft. Während viele der zugehörigen Entscheidungen nicht in den Händen jedes einzelnen Menschen in Europa liegen, so ist es doch an ihnen, Verantwortung in ihrer Umgebung zu übernehmen. Dabei ist es dringender denn je, den anti-migrantischen deutschen und EU-Politiken

und den verstärkten rassistischen Mobilisierungen ein gegenhegemoniales Projekt entgegenzusetzen, das die Konflikte in verschiedenen politischen Räumen verknüpft und linksradikale mit liberalen Positionen und Strömungen verbindet.

Nach einem Überblick der Reaktionen auf die tödlichen Ereignisse im Mittelmeer im Frühling 2015 werden wir die rassistischen Mobilisierungen gegen Migration sowie die in Deutschland geplante Asylrechtsverschärfung diskutieren. Die zahlreichen *Refugees-Welcome*-Initiativen bieten einen Ansatzpunkt, um abschließend die Möglichkeiten eines links(radikal)-liberalen, gegenhegemonialen Projekts zu reflektieren.

Die tödliche Politik der europäischen Grenzen

Innerhalb einer Woche ertranken bei Bootsunglücken Mitte April 2015 mehr als 1.200 Menschen im Mittelmeer. Damit erreichte die tödliche Politik des europäischen Grenzregimes, das seit dem Jahr 2000 über 29.000 Tote zu verantworten hat, erneut einen traurigen Höhepunkt. Die Trägerin des Friedensnobelpreises, die EU, tötet diese Menschen: Sie verweigert Visa und militarisiert ihre Grenzen, wodurch die Fluchtrouten und Reisewege für Migrant_innen immer gefährlicher werden, und schaut dann zu, wie sie auf hoher See untergehen. Denn nach diesen entsetzlichen Ereignissen auf dem Mittelmeer, die erneut das alljährliche Sterben ins öffentliche Bewusstsein gerückt und doch eine neue gewaltvolle Qualität gezeigt haben, hätten die europäischen Migrationspolitiker_innen simple und schnelle Konsequenzen ziehen können: Rettungseinsätze starten und sichere Migrationsmöglichkeiten eröffnen.

Während die herrschende Politik jedoch schnell zum Status Quo zurückkehrte, ist vorübergehend eine kritische Öffentlichkeit entstanden, die eine unterlassene Hilfeleistung durch die EU oder gar deren Politik selbst als Ursache des Sterbens auf dem Mittelmeer kritisierte und einen hohen Handlungsdruck auf die EU und ihre Mitgliedstaaten ausübte. In den Medien wurde der EU vorgeworfen, die italienische Kontroll- und Rettungsoperation *Mare Nostrum* beendet zu haben, die in Reaktion auf das Bootsunglück mit 400 Toten vor Lampedusa im Oktober 2013 entstanden war. *Mare Nostrum* war zwar nicht nur als humanitäres Projekt gedacht, sondern auch als militärisches mit dem Ziel, „Schlepper“ zu bekämpfen, entwickelte sich jedoch zu einem Seenotrettungsprogramm. Nach einem Jahr entschied die italienische Regierung, das Programm nicht weiterzuführen, nachdem EU-Staaten eine finanzielle Unterstützung ausschlossen – insbesondere auf Drängen des deutschen Innenministers Thomas de Maizière, der behauptete, es wirke als

„pull-Faktor“ und ziehe Migrant_innen an. Im November 2014 wurde es durch die europäische Frontex-Mission *Triton* mit zunächst nur einem Drittel des Budgets ersetzt. Die Frontex patrouilliert ausschließlich in europäischen Küstengewässern, und ihr Auftrag ist explizit keine Rettungsmission. Diese Entscheidung der EU ist daher zu Recht als „ein angekündigtes Programm zum Ertrinkenlassen“ bezeichnet worden (Bauer 2015). Der SZ-Redakteur Heribert Prantl ist einer der Wenigen im medialen Mainstream, die nicht bloß die unterlassene Hilfeleistung skandalisieren, sondern die Schuld der EU benennen, welche den Tod von Migrierenden einkalkuliert, und damit de Maizières kaltblütige Problematisierung von Rettung als „pull-Faktor“ zu Ende denken:

„Ihr Tod wird hingenommen, er wird in Kauf genommen; er soll abschreckend auf andere Flüchtlinge wirken; er soll von der Flucht abhalten. Europa schützt sich vor Flüchtlingen mit toten Flüchtlingen.“ (Prantl 2015)

Mit ihrem 10-Punkte-Plan reagiert die EU im April 2015 nur wenige Tage nach den tödlichen Ereignissen trotz aller Kritik mit einer Ausweitung repressiver Maßnahmen, die inzwischen in der „Europäischen Agenda für Migration“ bestätigt wurden: Verdreifachung der Gelder für Frontex-Operationen, schnellere Abschiebungen, verschärfte Grenzkontrollen sowie deren weitere Vorverlagerung in afrikanische Staaten. Ein Schwerpunkt ist zudem die erneute Kriminalisierung und Bekämpfung von „Schleppern“ – vorgeblich um Migrierende zu schützen, obwohl diese tatsächlich auf Dienstleistungen zur Fluchthilfe angewiesen sind. Für den militärischen Einsatz gegen „Schlepper“, bei dem deren Boote bereits außerhalb ihres Hoheitsgebietes zerstört werden sollen, bemüht sich die EU sogar um ein UN-Mandat, für das sie die Flüchtlingsbewegungen als eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstellen muss. Die „Schlepper“ als die befeindeten Anderen scheinen derzeit das zu sein, was die europäische Migrationspolitik in ihrer Krise zusammenhält.

Die Schiffsunfälle auf dem Mittelmeer haben trotz der überwiegend repressiven Reaktion des europäischen Migrationsregimes zu einem Bruch im herrschenden Diskurs geführt, der kritische Perspektiven für einen Moment zum medialen Mainstream werden ließ. Auch wenn dies ein Anlass war, auf einen grundlegenden Wandel zu hoffen, so ist es doch nicht gelungen, die Brüche durch Kritik und Protest zu erweitern und selbst kurzfristige realisierbare Alternativen wie humanitäre Korridore durchzusetzen. Die Reaktion der EU steht dabei im Zusammenhang mit der medialen Inszenierung der Schiffsunfälle. Die Bilder überfüllter Boote und anonymer Menschenmassen erzeugen den Eindruck einer bedrohlichen Menge und

lösen diffuse Affekte der Angst in den europäischen Bevölkerungen aus. Sie führen zu einer entmenschlichenden Darstellung der Migrierenden und sind zugleich Teil eines humanitaristischen Diskurses, in dem diese als hilfebedürftige Opfer oder als zu bekämpfende „Schlepper“ erscheinen. Aber Migrant_innen lassen sich nicht auf diese Rolle als Opfer oder Kriminelle reduzieren, sondern eignen sich aktiv ihr Recht auf Bewegungsfreiheit an.

Das im Oktober 2014 initiierte zivilgesellschaftliche *Watch the Med – Alarm Phone* versucht, diese relativ autonomen Bewegungen der Migration zu unterstützen, leitet mit seiner 24-Stunden-Hotline von Schiffen abgesetzte Notrufe an Behörden weiter und baut öffentlichen Druck auf, wenn diese die Verantwortung von sich weisen und die Rettung verzögern. Neben dieser akuten und humanitären Hilfe in Seenotfällen stellt es die bestehende Migrationspolitik in Frage und artikuliert, vom Recht auf globale Bewegungsfreiheit ausgehend, mit der Forderung „Fähren statt Frontex“ eine radikale und zugleich sofort umsetzbare Alternative. Die Forderung wurde nicht nur von zahlreichen Demonstrationen aufgenommen, auch der UN-Berichtersteller für Flüchtlinge, Francois Crépeau, setzt sich für eine solche humanitäre Fährverbindung von Nordafrika nach Europa ein. Der solidarischen Unterstützung der Migration vorausgehend sind es aber Migrierende selbst, die das Recht auf Bewegungsfreiheit in Kraft und gegenüber den Grenzkontrollen durchsetzen – wenn auch viele dafür einen hohen Preis zahlen müssen, auf dem Weg ihre Hoffnung verlieren oder sterben. Neben der weitgehend unsichtbaren Politik der alltäglichen Aneignung von Mobilität und Rechten ist es in den letzten Jahren zudem verstärkt zu sichtbaren Politiken der Migration gekommen, die die Widersprüche der europäischen Migrationspolitik mit gezielten Protestkampagnen und Forderungen verdeutlichen und zurückweisen.¹

Rassistische Mobilisierungen und die Asylrechtsverschärfung

Während die massenmediale Aufmerksamkeit für die neue Welle von migrantischen Kämpfen im Vergleich zu deren Beginn 2012/2013 tendenziell abgenommen hat, haben migrantische Aktivist_innen in Deutschland zunehmend mit staatlicher Repression und rassistischen Angriffen zu rechnen. So wurden im Dezember 2014 die Zelte des *Refugee-Protest-Camps* in Hannover niedergebrannt. In München wurden *non-citizens*-Aktivist_innen im Januar 2015 angegriffen und schließlich von der Polizei gezwungen, ihre Protestzelte abzubauen, da man ihre Sicherheit gegenüber dem bayerischen

1 Siehe die zweite Ausgabe von *movements* mit dem Titel (*Un-)*sichtbare Politiken der Migration (im Erscheinen, <http://movements-journal.org>).

PEGIDA-Ableger BAGIDA nicht gewährleisten könne, obwohl die Polizei deren Kundgebungen mit Hunderten Beamten schützte. Protestcamps in Dresden und auf dem Oranienplatz in Berlin wurden 2015 mehrfach angegriffen, nachdem der Großteil des Berliner Protestcamps bereits im April 2014 geräumt worden war (vgl. Pro Asyl 2015). Während die migrantischen Kämpfe in den letzten Jahren zunehmend sichtbar wurden, haben somit auch die Mobilisierungen gegen Geflüchtetenunterkünfte, Migrant_innen und alle, die nicht als „deutsch“ kategorisiert werden, spätestens 2014 stark zugenommen (Scheld 2015). Rassistische Bewegungen haben sich zu dieser Zeit neu formiert und konnten zugleich an bestehende Rassismen in der deutschen Gesellschaft anknüpfen, von der ein großer Teil in den letzten Jahren bereits bei den anti-muslimischen Tiraden von Sarrazin & Co. applaudiert und bei den Morden des NSU wegesehen hatte.

Ein Beginn der neuen rassistischen Mobilisierung war im Juli 2013 eine Veranstaltung von Lokalpolitiker_innen neben einer Schule im Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf, in der 200 Geflüchtete untergebracht werden sollten. Fast 1.000 Anwohner_innen drängten sich auf dem Schulhof und riefen Sprechchöre wie „Nein zum Heim“ und „Volksverräter“. Dies zeigt an, dass in der lokalen Bevölkerung bereits ein rassistischer Nährboden vorhanden ist, an den rechte Bewegungen anknüpfen können: Menschen aus der Nachbarschaft argumentierten mit der vermeintlichen Bedrohung durch Geflüchtete, die als Diebe und Vergewaltiger dargestellt werden und neben Lärm und Müll zu einer angeblichen „Überfremdung“ führten. Im Winter 2014 erreichten die Proteste eine neue Qualität: Die *Bürgerbewegung Marzahn* organisierte regelmäßig „Montagsdemonstrationen“ gegen die Unterkunft, an denen bis zu 1.000 Personen teilnahmen.

Während sich die rassistischen Ressentiments der Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte in Deutschland ähneln, unterscheidet sich je nach sozialer Schicht das Instrumentarium: In Marzahn-Hellersdorf greifen ärmere Bevölkerungsteile auf Protestmärsche und Gewalt zurück, betuchte Anwohner_innen wählen eher den juristischen Weg. Im reichen Hamburger Stadtteil Harvestehude etwa klagten Nachbar_innen gegen eine geplante Geflüchtetenunterkunft und konnten gerichtlich einen Baustopp erwirken. Sie befürchten neben „Drogenhandel“ und „Krawallen“ eine Wertminderung der eigenen Grundstücke. Zudem könne die Kluft zwischen Arm und Reich zu Neid und Missgunst führen. Ausgehend von klassistisch-rassistischen Argumenten wird paternalistisch mit dem Wohl der Geflüchteten selbst argumentiert: Sie würden sich zwischen all den Luxuslimousinen und Luxusvillen nicht wohl fühlen, und der nächste Supermarkt sei weit entfernt.

Die Bewegungen gegen die Geflüchtetenunterkünfte sind meist mit einem Diskurs um „besorgte Bürger“ verknüpft, durch den die Rassismen der gesellschaftlichen Mitte verharmlost werden. In Berlin betonte etwa der Sozialsenator Mario Czaja, es gebe durchaus berechtigte Sorgen und Ängste, wenn ein Flüchtlingsheim in der Nachbarschaft entstehe. Die Sorgen und Ängste der Geflüchteten, die in einem Umfeld wohnen müssen, das ihnen allzu häufig mit Hass und Gewalt begegnet, werden hingegen gar nicht erst erwähnt.

Seit 2013 finden „besorgte Bürger“ mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) eine neue Ansprechpartnerin, die zu einem Sammelbecken oder „Teil eines neokonservativen Hegemonieprojekts“ National-Neoliberaler bis Rechtskonservativer und Rechtspopulist_innen avanciert ist (vgl. Friedrich 2015: 101). Nicht überraschend ist daher die Unterstützung, die das von Rassismen durchzogene Bündnis PEGIDA von der AfD erhielt. Während die rassistischen Einstellungen der Durchschnittsbevölkerung nichts Neues sind, so sind es doch die Form und Wirksamkeit ihrer öffentlichen Mobilisierung.

Die Diskursfigur des „besorgten Bürgers“ dient häufig als Werkzeug, um einen Mechanismus am Laufen zu halten: Politiker_innen greifen rassistische Proteste auf, nutzen sie zur Legitimierung restriktiver Migrationspolitik, welche wiederum diskriminierende Diskurse stützt und rassistischen Protesten den Anschein von Legitimität verleiht. Daran anknüpfend konnten deutsche Politiker_innen etwa die im „Asylkompromiss“ von 1993 entwickelte Drittstaatenregelung auf die EU-Ebene übertragen. Während sich der öffentliche Diskurs seit den 1990er Jahren deutlich verschoben hat und heute keine vergleichbare offene Hetze in den bürgerlichen Medien und Parteien stattfindet, erscheint die aktuelle Asylrechtsverschärfung der Großen Koalition dennoch wie eine gewisse Wiederholung der Geschichte. Mit dem geplanten „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ ist eine massive Ausweitung von Inhaftierungsgründen, Abschiebungen, Aufenthalts- und Einreiseverboten geplant. Dabei wird nahezu jeder mögliche Weg der Einreise in die Bundesrepublik kriminalisiert, nachdem bereits im Herbst 2014 Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Drittstaaten“ eingestuft wurden, um Staatsangehörige dieser Länder im Einklang mit antiziganistischen Diskursen um „Armutszuwanderung“ noch schneller abschieben zu können (kritnet 2015). In neorassistischer Manier dienen die wieder erstarkenden rassistischen Mobilisierungen in Deutschland und Europa als vermeintlicher Beleg dafür, dass Migrationspolitik immer eine strenge Grenzkontrolle beinhalten müsse, da die „einfachen Bürger“ sonst mit der angeblich zu großen Zahl an Geflüchteten überfordert seien.

Ausblick: Das Migrationsregime grundsätzlich in Frage stellen

Entgegen den Protesten „besorgter Bürger_innen“ zeigen sich in der lokalen Bevölkerung jedoch auch Akte der Solidarität. Vielerorts stellen sich Menschen, wie in Hellersdorf, den rassistischen Mobilisierungen entgegen, starten, wie in Harvestehude, bereits vor den ablehnenden Reaktionen auf Unterkünfte eine pro-migrantische Flüchtlingshilfe oder protestieren, wie in Hamburg, gegen die Abschiebung von Mitschülerinnen. Von Sprachkursen, Begleitungen zu Behörden bis hin zur Aufnahme von Geflüchteten in die eigene Wohnung oder zur Blockade von Abschiebungen reicht die Unterstützung. Der Zusammenhalt einer Nachbarschaft oder von Bewohner_innen einer Stadt steht häufig im Widerspruch zur Entrechtung von *non-citizens*, was beispielsweise von dem Hamburger Bündnis *Recht auf Stadt – Never Mind the Papers* artikuliert wird. Dabei ist es in Zukunft entscheidend, dass sich die Initiativen vor Ort verstetigen, politisch über eine humanitäre Hilfe hinausgehen und sich durch eine schrittweise Vernetzung der rassistischen Mobilisierung sowie der herrschenden Migrationspolitik in ganz Europa entgegenstellen. Dem nach wie vor hegemonialen Diskurs, der diese Politik als Teil eines „gesunden Menschenverstandes“ naturalisiert, gilt es, ein links(radikal)-liberales, gegenhegemoniales Projekt entgegenzusetzen, das die Zusammenhänge zwischen dem Massensterben im Mittelmeer, den migrationspolitischen Entscheidungen auf nationaler und EU-Ebene sowie den lokalen Rassismen aufzeigt und die bestehenden Strukturen vehement in Frage stellt.

Als Gegenstrategie kommt neben der lokalen Solidarität die Skandalisierung des menschenfeindlichen Normalzustands in Frage: die scheinbar fernen „Tragödien“ müssen als Resultate konkreter politischer Entscheidungen enttarnt werden, damit die individuelle und kollektive Verantwortung nicht zu leugnen ist. Die Botschaft könnte lauten: Nicht die Schleuser_innen, sondern die restriktive Visumpolitik der EU tötet Menschen – und es geschieht in eurem Namen, im Namen der deutschen und EU-Bürger_innen. Dafür gilt es, das Empörungspotenzial von Teilen der Bevölkerung zu mobilisieren. Ein Beispiel hierfür bietet die im Juni 2015 durchgeführte Aktion des *Zentrums für Politische Schönheit*, die sterblichen Überreste von im Mittelmeer ertrunkenen Migrant_innen in eines der Zentren des EU-Migrationsregimes, nach Berlin, zu bringen und dort zu bestatten. Auf diese Weise wird die schwer greifbar erscheinende Ebene des EU-Grenzregimes an ein konkretes Ereignis geknüpft und die Verbindung sichtbar gemacht; der Alltag wird

einen Moment lang durchbrochen und mit den Konsequenzen des stummen Konsenses über das Töten auf dem Mittelmeer konfrontiert.

Dabei drohen solche Aktionen in einer kurzen öffentlichen Betroffenheit zu versanden. Denn als Abwehrreflex kommt ein fundamentales Argument ins Spiel: Selbst wenn es richtig wäre, Grenzkontrollen abzuschaffen, könnten doch nicht alle kommen. Offene Grenzen und globale Bewegungsfreiheit gelten als weltfremde Utopie. Dadurch wird nicht die Illegalisierung, sondern die illegalisierte Migration als das grundlegende Problem dargestellt. Dies erzeugt in Verbindung mit verschiedenen Rassismen eine öffentliche Verunsicherung angesichts der als „Flüchtlingswelle“ dargestellten Migrationsbewegungen, von der ausgehend die „Lösungen“ der Migrationsabwehr und -kontrolle gerechtfertigt werden. Dagegen müsste ein gegenhegemoniales Projekt diskursive Öffnungen strategisch nutzen, um die Akzeptanz, Unterstützung und Praxis globaler Bewegungsfreiheit auszuweiten. Die Fragen sollten dabei sein: Warum maßen sich Politiker_innen und große Teile der Bevölkerung an, zu entscheiden, wer wo leben soll? Wie kann es sein, dass die Geburtslotterie, die einen Teil der Menschheit in relativem Wohlstand hat aufwachsen lassen, zum Argument wird, die Mobilität anderer zu beschränken? Migration muss als globale soziale Frage erkannt und mit bestehenden Nord-Süd-Verhältnissen sowie anderen Kämpfen gegen Ungleichheit verknüpft werden.

Dennoch sollte nicht auf den großen Umbruch gewartet werden. Vielmehr können kleine, alltägliche Schritte radikale Veränderungen anstoßen (vgl. Georgi 2014). Gerade für die nicht-migrantischen und weißen Teile der Linken bedeutet dies, an migrantische Selbstorganisationen anzuknüpfen und über etablierte politische Räume und personelle Zusammenhänge hinauszugehen. Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sowie Personen aus einem bürgerlichen Milieu können dann ebenso eingebunden werden wie Gewerkschaften, Sozialverbände und andere nicht-staatliche Organisationen. Basis wäre allerdings eine transnationale, und nicht die häufig vorherrschende nationale Logik. Nationalistischen und rechts-konservativen Milieus kann so mit einem links(radikal)-liberalen, gegenhegemonialen Projekt entgegengetreten werden. Zu diskutieren wäre, inwiefern Unternehmen und Arbeitgeber_innenverbände, die immer wieder ihr Interesse an migrantischen Arbeitskräften äußern, ohne falsche Zugeständnisse davon abgehalten werden können, das gegenhegemoniale Projekt mit seiner Forderung nach sozialen Rechten für alle zu torpedieren (vgl. ebd.). In der Praxis der Vernetzung muss immer wieder geklärt und ausgehandelt werden, wo die Grenzen der Zusammenarbeit gezogen und wie Anknüpfungspunkte gesucht werden können. Die Frage lautet, an welche Diskurse angeknüpft werden

sollte – und an welche nicht. Der humanitäre und links-liberale *Refugees-Welcome*-Diskurs ist sicherlich eine gute Ausgangsposition – obschon er Gefahr läuft, einen Paternalismus zu reproduzieren. Ein neoliberaler Nützlichkeitsdiskurs, der mit der Arbeitskraft der Migrierenden argumentiert und zwischen „guten“ und „schlechten“ Migrant_innen unterscheidet, ist dagegen ungeeignet. Trotz dieser Fallstricke ist entscheidend, jetzt zu handeln und den stummen Konsens zu durchbrechen.

Literatur

- Bauer, Gabi (2015): *Nicht nur ein paar verrückte Don Quijotes. Die Aktivistinnen Miriam Edding und Judith Gleitze über den Kampf gegen das Sterben im Mittelmeer*. https://www.akweb.de/ak_s/ak605/31.htm, letzter Aufruf: 16. 6. 2015.
- Friedrich, Sebastian (2015): *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*. Berlin.
- Georgi, Fabian (2014): „Was ist linke Migrationspolitik? Warum globale Bewegungsfreiheit ethisch geboten und strategisch notwendig ist“. In: *Luxemburg*, Nr. 3/2014, S. 110-115.
- kritnet – Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (2015): *Bleiberecht statt Inhaftierung! Stellungnahme zum „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“*. <http://kritnet.org/2015/bleiberecht-statt-inhaftierung>, letzter Aufruf: 16. 6. 2015.
- Prantl, Heribert (2015): *Wie die EU Flüchtlinge tötet*. <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-du-sollst-nicht-toeten-1.2439653>, letzter Aufruf: 16. 6. 2015.
- Pro Asyl (2015): *International vernetzt, lokal eingebunden: Flüchtlingsproteste gehen weiter*. http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/international_vernetzt_lokal_eingebunden_fluechtlingsproteste_gehenweiter, letzter Aufruf: 16. 6. 2015.
- Scheld, Christoph (2015): *162 Mal Tröglitz*. <https://www.tagesschau.de/inland/fremdenfeindliche-uebergrieffe-101.html>, letzter Aufruf: 16. 6. 2015.

Anschrift der Autoren

Philipp Ratfisch

p.ratfisch@posteo.de

Helge Schwiertz

h.schwiertz@gmx.de